

Dänisches Papier sorgt für Aufregung

Misstrauen zwischen armen und reichen Ländern an der Klimakonferenz

CHRISTIAN MIHATSCH, Kopenhagen

Der dänische Entwurf für ein Abschlusscommuniqué an der Klimakonferenz sorgt für Empörung bei den Entwicklungsländern. Diese fühlen sich über den Tisch gezogen.

Der dänische Premierminister Lars Lokke Rasmussen will ein guter Gastgeber sein. Er möchte, dass die 110 Staats- und Regierungschefs, die nächste Woche ins vorweihnächtliche Kopenhagen kommen, auch etwas zu feiern haben. Die Klimakonferenz soll ein Erfolg werden. Wie bei internationalen Konferenzen üblich, hatte er daher einen Entwurf für das Abschlusscommuniqué verfasst, bevor die Konferenz Anfang dieser Woche begann.

Nachdem der dänische Entwurf bereits den meisten Verhandlungsdelegationen bekannt ist, gelangt er schliesslich auch in die Hände der britischen Tageszeitung «The Guardian», die das Dokument im Internet publizierte. Das ist die Vorlage, auf die Lumumba Stanislaus Di-Aping, der sudanesischer Vorsitzende der Gruppe der Entwicklungsländer, gewartet hat. Er trommelt die Vertreter der afrikanischen Länder zusammen und berichtet unter Tränen: «Wir wurden gebeten, einen Selbstmordpakt zu unterschreiben.» Anschliessend wird kurzfristig eine Pressekonferenz einberufen. «Es ist sehr bedauerlich, dass der Mann, dem die Führung des Verhandlungsprozesses anvertraut wurde (der dänische Premierminister), versagt und einzig den Vorteil der Industrieländer verfolgt.» «Dies ist eine sehr ernste Entwicklung», sagt der Sudanese.

DREI KRITIKPUNKTE. Di-Aping kritisiert in dem dänischen Abkommensentwurf vor allem die folgenden drei Punkte:



Nackte Tatsachen. Amerikanische Jugendliche protestieren in Unterwäsche für mehr Klimaschutz. Foto Keystone

> Ablösung des Kyoto-Protokolls: Gegenwärtig gibt es zwei Klimaabkommen, das Kyoto-Protokoll für die Industriestaaten (ohne die USA) und die UNO-Rahmenkonvention über den Klimawandel, für die Entwicklungsländer und die USA. Die Industrieländer wollen nun die beiden Abkommen zu einem einzigen zusammenfassen. Das Kyoto-Protokoll fiele dann weg.

> Verpflichtung der Entwicklungsländer zu Emissionsreduktionen: In der UNO-Rahmenkonvention sind die Entwicklungsländer nicht zu Emissionsreduktionen verpflichtet. Der dänische Entwurf möchte dies ändern und vor allem die grossen Schwellenlän-

der in die Pflicht nehmen. Die Entwicklungsländer lehnen dies ab mit Verweis auf die historische Verantwortung der Industriestaaten für den Klimawandel.

> Rechtsverbindlichkeit: Der dänische Entwurf stellt kein rechtsverbindliches Abkommen, sondern eine höchstens politisch verbindliche Erklärung dar. Die Entwicklungsländer bestehen aber auf einem völkerrechtlichen Vertrag.

ANSPANNUNG. Kurz, Di-Aping artikuliert die Befürchtung der Entwicklungsländer, von den Industriestaaten über den Tisch gezogen zu werden. Er befürchtet, dass sich die Industriestaaten aus ihrer Ver-

antwortung stehlen. Das Drama um den dänischen Entwurf für das Abschlusscommuniqué von Kopenhagen zeigt so vor allem eines: das tiefe Misstrauen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

Bemerkbar macht sich aber auch die steigende Anspannung der Akteure. In dieser Situation wurde der dänische Entwurf von den Entwicklungsländern als zu parteiisch wahrgenommen. Massgeblichen Einfluss auf die Verhandlungen wird die Aufregung um das dänische Papier aber nicht haben. José Romero, der Vizechef der Schweizer Verhandlungsdelegation, meint: «Im Meer der Klimaverhandlungen ist das nur ein leichtes Kräuseln an der Oberfläche.»



weltklimagipfel
Kopenhagen
7. bis 18. Dezember 2009

CO₂ sparen im Alltag

VIEL ZU VIEL. «Klimawandel? Was geht der mich an?», denken viele. Jede Menge, antworten die Wissenschaftler. Jeder Schweizer, jede Schweizerin verantwortet etwa die dreifache Menge (20 Kilogramm pro Tag) dessen, was jedem Erdenbürger an CO₂ zusteht (6,8 Kilogramm pro Tag), soll die globale Temperatur nicht über zwei Grad ansteigen. Noch gibt es keine Kennzeichnungspflicht für Konsumprodukte, und die Berechnung ist schwierig. Während des Weltklimagipfels in Kopenhagen werden wir an dieser Stelle deshalb täglich ein Alltagsprodukt und seinen CO₂-Ausstoss vorstellen – als Orientierungshilfe für all jene, die im Alltag etwas gegen den Klimawandel tun wollen.

Produkt: Freiland Eier, Packung à sechs Stück
CO₂-Ausstoss: 1178 Gramm

DAS WURDE BERÜCKSICHTIGT: Besonders aufwendig bei der Eierproduktion ist die Jungghennenaufzucht. Sie macht knapp zwei Drittel der CO₂-Emissionen aus. Hauptquelle für das hier bei freigesetzte Kohlendioxid ist die Entsorgung des Hühnermistes. Verpackung, Handel, Einkauf, Lagerung und Zubereitung sind für etwa 30 Prozent des Kohlendioxids verantwortlich. Die Entsorgung der Eierschalen belastet die CO₂-Bilanz nur unwesentlich, ebenso wie der Transport. Der macht bei Eiern aus regionaler Freilandhaltung nur 1,5 Prozent der gesamten Emissionen aus. heh



Foto: iStockphoto

Nordkorea lobt sich selbst

Menschenrechtsrat will Lage vor Ort überprüfen

PIERRE SIMONITSCH, Genf

Der Menschenrechtsrat konnte bisher keinen Sonderberichterstatter nach Nordkorea schicken.

Nordkorea hat zum ersten Mal Rechenschaft über seinen Umgang mit den Menschenrechten und Grundfreiheiten abgelegt. Das letzte stalinistische Regime der Welt war diese Woche bei der «universellen periodischen Überprüfung» der Menschenrechtslage in allen Mitgliedstaaten der UNO an der Reihe.

Die öffentliche Behandlung im Genfer Menschenrechtsrat trug zeitweise surrealistische Züge. So behaupteten die Vertreter Nordkoreas, in ihrem Land seien die Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit voll gewährleistet. «Kein Staatsbeamter oder Polizist kann diese Rechte beschneiden oder unterdrücken», beteuerte der nordkoreanische Botschafter Ri Tcheul.

Fünf hohe Beamte aus Pjöngjang und acht Diplomaten versuchten, das nordkoreanische Regime in ein günstiges Licht zu rücken. Die USA entsandten einen erst vor zwei Wochen ernannten Sonderbeauftragten für Menschenrechte in Nordkorea, Robert King, nach Genf.

Vor der Presse erklärte King, er halte es für «ermutigend, dass Nordkorea an dem Verfahren teilnimmt». Es sei wichtig, dass das Land «ein normales Mitglied der Menschenrechtsgemeinschaft wird». Washington hat diese Woche heikle bilaterale Atomgespräche mit Pjöngjang begonnen und will den «grossen General» Kim Jong-Il offenbar nicht mit den Menschenrechten reizen. Ein im Jahre 2004 eingesetzter Sonderberichterstatter des Menschenrechtsrats für Nordkorea hat bisher keine Einreisebewilligung erhalten.

Brüssels Signal für Kopenhagen

Das Klima war beim Gipfel der EU-Regierungschefs ebenso Thema wie die Bankboni

MARIANNE TRUTTMANN, Brüssel

Die EU-Regierungschefs beschäftigten sich zum Auftakt ihres zweitägigen Gipfels mit der Klimakonferenz in Kopenhagen und den Folgen der Finanzkrise.

Mit der Einigung auf eine Ansbuchfinanzierung zur Unterstützung der armen Länder im Kampf gegen den Klimawandel wollten die EU-Regierungschefs ein starkes Signal für Kopenhagen setzen. Zudem verfeinerten sie am EU-Gipfel ihre Verhandlungsstrategien. Eigentliche Beschlüsse, etwa zu den Reduktionszielen, könnte die EU direkt in Kopenhagen fassen, da alle Regierungschefs an der Konferenz teilnehmen werden.

Greenpeace-Aktivisten gelang es, sich bei der Vorfahrt der Regierungschefs vor dem stark bewachten Ratsgebäude mit einem Kleinbus und zwei weiteren Autos in die Wagenkolonne der Delegationen einzureihen. Sie verfügten über gefälschte Zutrittsausweise. Bevor sie von den Sicherheitskräften abgedrängt werden konnten, entrollten sie Fahnen mit der Aufschrift «EU save Copenhagen» (EU: Rettet Kopenhagen).

Viel zu reden im Vorfeld des Gipfels gab die Finanzlage von Griechenland (vgl. Sei-

te 11). Dessen Staatsdefizit liegt bei 12,7 Prozent. Griechenland, das sich bereits seinen Eurobeitritt mit geschummelten Zahlen erschlichen hatte, verfügt über notorisch problematische Staatsfinanzen. Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker betonte allerdings, dass Griechenland nicht vor dem Staatsbankrott stehe. Auch sieht Juncker keine Gefahr für die Stabilität des Euro. Die EU verfügt nur über beschränkte Möglichkeiten, einem in Schwierigkeiten geratenen Euroland unter die Arme zu greifen.

PFLICHT DER BANKEN. Der britische Premier Gordon Brown sowie Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy stiessen vor Gipfelbeginn eine Diskussion an, wie die Banken für die Kosten der staatlichen Rettungspakete in die Pflicht genommen werden können. Brown verwies auf die in Grossbritannien geplanten Massnahmen zur massiven Besteuerung von Bankboni. Seine Forderungen bezogen sich allerdings auf eine Reihe von Optionen wie Versicherungsprämien für Systemrisiken, ein von den Banken selbst gespiesener Rettungsfonds sowie eine Steu-

er auf Finanztransaktionen (Tobin-Steuer). Brown betonte, dass solche Massnahmen auf globaler Ebene eingeführt werden sollen. Ein EU-weiter Beschluss für die Besteuerung von Bankboni ist unrealistisch, da die EU-Staaten in Steuerfragen autonom sind. Da der Beschluss der britischen Regierung nur bis Anfang April gilt, käme eine EU-Regelung sowieso zu spät. Vor den Kameras zollten trotzdem viele EU-Regierungschefs dem britischen Entschluss zur Boni-Besteuerung Lob (vgl. Seite 15).

Der erste EU-Gipfel nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags sorgte für einige protokollarische Probleme. So wurde er noch vom Schweden Fredrik Reinfeldt präsiert, obwohl die EU-Gipfel künftig vom ständigen EU-Präsidenten Herman Van Rompuy geleitet werden. Etwas verschlupft reagierten einzelne EU-Aussenminister, da sie bei der illustren Runde nicht mehr dabei sein dürfen. Beim Abendessen präsentierte Van Rompuy seine Vorstellungen, wie der Europäische Rat künftig funktionieren soll. Trotz des jahrelangen Ringens um den Vertrag von Lissabon existieren noch Unsicherheiten.

nachrichten

Geiselnahme auf den Philippinen

MANILA. Bewaffnete haben im Süden der Philippinen am Donnerstag zeitweise rund 75 Dorfbewohner in ihre Gewalt gebracht. Nach ersten Verhandlungen liessen sie 17 Schulkinder und eine alte Frau frei. Sie benutzten die Geiseln offenbar als menschliche Schutzschilde, um ihre Flucht zu sichern. Die Täter waren laut Polizei vermutlich ehemalige von der Regierung bewaffnete Milizionäre, die wegen Mordes gesucht werden. AP

Robert Gates fliegt in den Irak

BAGDAD. Zwei Tage nach der jüngsten Bombenserie in Bagdad ist US-Verteidigungsminister Robert Gates am Donnerstag in die irakische Hauptstadt gereist. Aus irakischen Regierungskreisen hiess es, er wolle unter anderem mit Präsident Jalal Talabani und Ministerpräsident Nuri al-Maliki über Strategien für eine Verbesserung der Sicherheitslage sprechen. Zunächst traf er mit amerikanischen Soldaten zusammen. DPA

Zelaya darf nicht nach Mexiko reisen

MEXIKO-STADT. Der Versuch des gestürzten honduranischen Präsidenten Manuel Zelaya, nach Mexiko zu gelangen, ist vorerst gescheitert. Der Aussenminister der honduranischen Interimsregierung, Carlos López Conteras, sagte am Mittwoch, seine Regierung betrachte den Antrag Zelayas als «unangebracht». Zelaya war am 28. Juni gestürzt worden und im September heimlich aus dem Exil zurückgekehrt. DPA

ANZEIGE

ADLER UNABHÄNGIGKEITS-ERKLÄRUNG N° 2

ABSOLUTE WAHLFREIHEIT

IN DER WAHL DER ANLAGEPRODUKTE SIND WIR AUSSCHLIESSLICH IHREN INTERESSEN UND BEDÜRFNISSEN VERPFLICHTET.

WWW.ADLERPRIVATBANK.CH **ADLER PRIVATBANK**